



# Impulse gegen Rechtsextremismus

## Europa nach der Wahl Rechtsruck wie befürchtet?\*

### Einleitung

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien haben bei der Europawahl Ende Mai 2014 zum Teil Rekord-ergebnisse erzielt. Von Frankreich und Großbritannien über Dänemark, Griechenland bis nach Ungarn haben Parteien, die der EU skeptisch bis feindlich gegenüberstehen, Zuwächse erzielt. „Es ist ein Rechtsruck, der die Politik auf europäischer und vielleicht mehr noch auf nationaler Ebene massiv erschüttert“, sagte Ralf Melzer, Leiter des FES-Projekts „Gegen Rechtsextremismus“ in seiner Einführung zur Lunch Discussion am 28. Mai 2014 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Unter dem Titel „Europa nach der Wahl: Rechtsruck wie befürchtet?“ wurden die Wahlergebnisse in einer Runde von mehr als 20 Expert\_innen, Multiplikator\_innen und Entscheidungsträger\_innen analysiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten Ursachen des starken Abschneidens der Rechten und Rechtspopulisten bei den Wahlen und prognostizierten mögliche Auswirkungen auf die europäische und nationale Politik in den EU-Mitgliedstaaten. Zudem präsentierten sie Vorschläge für einen geeigneten Umgang mit den euroskeptischen Parteien im Europaparlament. Übereinstimmung bestand dahingehend, dass eine bloße Dämonisierung der rechtspopulistischen Parteien nicht hilfreich sei. Die etablierten Parteien sollten sich stattdessen inhaltlich mit ihnen auseinandersetzen.

\* Zusammenfassung der Lunch Discussion vom 28. Mai 2014 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin



Die Vortragenden waren:

- Sarah de Lange, Universität Amsterdam
- Pascal Perrineau, Sciences Po, Paris
- Vassiliki Georgiadou, Panteion-Universität Athen
- Alexander Häusler, Fachhochschule Düsseldorf
- Tamás Boros, Forschungsinstitut Policy Solutions, Budapest
- Michael Whine, „Community Security Trust“, London

Moderation der Diskussion:  
Ralf Melzer, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Dieses Projekt wird gefördert von:



## Der Triumph der Rechten in Europa

„Diese Diskussion findet zu einem sehr guten Zeitpunkt statt“, sagte Sarah de Lange von der Universität Amsterdam zu Beginn der Veranstaltung. Die Expertin für rechte Parteien in Regierungsfunktionen stellte die Ergebnisse der Wahl einleitend vor. Im Vorfeld der Europawahlen seien bereits intensive Debatten über einen möglichen Rechtsruck geführt worden. Nach den Wahlen hätten viele große Medien in Europa von einem „Erdbeben des Populismus im Europäischen Parlament“ gesprochen. Mit 156 Sitzen haben euroskeptische populistische Parteien 63 Sitze mehr als bei der vergangenen Wahl 2009 gewonnen.

Die große Mehrheit dieser zusätzlichen Sitze fällt drei Parteien zu: dem französischen Front National (FN), der britischen United Kingdom Independence Party (UKIP) und der italienischen populistischen Bewegung Fünf Sterne (M5S). Ebenfalls ein großer Gewinner der Wahl ist die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti). Die Zustimmung zu anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien wie der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) oder den Wahren Finnen ist hingegen im Vergleich zu 2009 stabil geblieben.

Die belgische Partei Vlaams Belang und die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) schnitten schlechter ab als erwartet. „Das lag im Fall der PVV vor allem daran,

dass der Parteivorsitzende Geert Wilders seine Wähler am Wahltag nicht mobilisieren konnte“, so de Lange. Während seine Partei in Umfragen vor der Wahl noch 17 Prozent Zuspruch erzielte, waren es bei der Wahl selbst nur 13 Prozent. „Mehr als 65 Prozent seiner Unterstützer sind zu Hause geblieben. Das hatte nicht viel mit seinen Ankündigungen eines Bündnisses mit der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen zu tun. Seine Unterstützer wollten einfach nicht wählen gehen.“

Betrachte man die Länderebene, könne man aufgrund der unterschiedlichen Wahlergebnisse nicht von einer Dominanz der Rechten im neuen Europäischen Parlament sprechen. Bemerkenswert sei die Diversifikation und Heterogenität, die nun unter den euroskeptischen Parteien im Parlament herrsche. De Lange wies darauf hin, dass es inzwischen im ganzen Parteienspektrum von links bis rechts eurokritische populistische Parteien gebe.

Auf der rechten Seite des Parteienspektrums gebe es erstmals sowohl anti-demokratische, neonazistische Radikale wie die griechische Goldene Morgenröte, als auch Nationalisten wie den Front National und Neo-Liberale wie UKIP. In den Einstellungen der rechten Euroskeptiker gebe es deshalb verschiedene Nuancen. „Die Euroskeptiker und Antieuropäer sind nicht per se gegen Einwanderung und nicht unbedingt radikal – sie sind vor allem gegen die europäische Integration.“



Sarah de Lange, Universität Amsterdam und Tamás Boros, Forschungsinstitut Policy Solutions, Budapest



Moderator Dr. Ralf Melzer, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin



Michael Whine, „Community Security Trust“, London

Michael Whine vom „Community Security Trust“ in London bestätigte diese Einschätzung. Die UKIP beispielsweise sei zwar gegen Einwanderung, jedoch nicht offen rassistisch, wohl aber antieuropäisch“, sagte Whine. „Sie haben im Prinzip noch keine andere Agenda außer den Austritt aus der EU und das Stoppen der Immigration.“

Tamás Boros, Leiter des Budapester Think Tanks und Forschungsinstituts „Policy Solutions“, wies darauf hin, dass es wichtig sei, zwischen euroskeptischen und antieuropäischen Parteien zu unterscheiden. „Im Europäischen Parlament gibt es nun mehr als 270 euroskeptische Abgeordnete, auch auf der linken Seite. Antieuropäisch sind 71 von ihnen.“ Es gebe zwölf Parteien im neugewählten EU-Parlament, welche die europäische Integration beenden wollen. Dennoch stünden die Einstellung der Menschen in den einzelnen Ländern und ihre Repräsentation im Europaparlament immer noch in keinem Verhältnis. Boros schätzt, dass mehr als ein Drittel der Europäer einen Austritt ihres Landes aus der EU befürwortet – eine entsprechende Mandatsanzahl gebe es jedoch nicht. Lediglich in Großbritannien entspräche die antieuropäische Stimmung in der Bevölkerung der Repräsentation durch Mandate im Europäischen Parlament.

Während die Ausrichtungen und Entwicklungen der euroskeptischen und antieuropäischen Parteien in den westlichen Ländern klar seien, gebe es in Mittelosteuropa große Unklarheit, sagte Sarah de Lange. „In Osteuropa sind die Trends viel komplexer. Es gibt einige Parteien, die nicht wieder ins Europaparlament gewählt worden sind, dafür andere neue, deren Ausrichtung nicht genau bekannt ist.“

Die polnische KNP (Kongress der Neuen Rechten) zum Beispiel bestünde zwar überwiegend aus neoliberalen Populisten, der Parteivorsitzende Janusz Korwin-Mikke falle jedoch auch oft durch rechtsradikale Äußerungen auf. Die lettische National Alliance (NA) wiederum bezeichnet sich als nationalkonservativ, besteht aber aus immer mehr russischen Nationalisten. Auch die Ideologie hinter der tschechischen Svobodní sei nicht eindeutig.

## Ein politisches Erdbeben?

Die Konsequenzen des Erstarkens der Rechten im Europaparlament sind laut de Lange noch nicht eindeutig bestimmbar. „Wieviel direkten Einfluss die Wahlerfolge der Rechten haben, hängt von den Gruppen ab, die sich formieren werden“, erklärte Sarah de Lange. „Die Dansk Folkeparti und die Wahren Finnen sympathisieren mit UKIP, aber sie bezeichnen sich selbst als moderater als die Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD), zu der UKIP gehört.“

Es sei wahrscheinlich, so de Lange, dass sich lediglich einige kleine radikal rechte Gruppen formieren würden. Für den Fraktionsstatus und die damit verbundenen parlamentarischen Rechte und finanziellen Mittel sind mindestens 25 Mandate aus mindestens sieben Ländern erforderlich.

Trotzdem könne keine Entwarnung gegeben werden. Sollten Rechtsextreme und Rechtspopulisten bei dem Versuch scheitern, Fraktionen zu bilden, müssten sie sich auf ihren indirekten Einfluss verlassen. „Der aber ist sehr groß“, so de Lange. In den Niederlanden beispielsweise

seien alle Parteien, vor allem die Liberale Partei, wegen des Erfolgs von Geert Wilders und seiner PVV auf nationaler Ebene nun euroskeptischer eingestellt. Es sei wahrscheinlich, dass dieser indirekte Einfluss sowohl im Europäischen Parlament als auch in anderen Ländern wirke. „Es ist sehr gut möglich, dass die Rechten einen deutlichen Einfluss etwa auf das Agendasetting haben werden“, sagte *de Lange*. Dennoch sei der Triumph der Rechten bei der Europawahl eher kein politisches Erdbeben, wenn auch die Konsequenzen des Erstarkens der Rechtspopulisten langfristig seien.

Dieser Einschätzung aus den Niederlanden widersprach *Pascal Perrineau* vom Institut d'Études Politiques de Paris (IEP), einer der führenden Experten in Frankreich zum Thema Rechtsextremismus, in seinem Vortrag. „In Frankreich hat es sehr wohl ein Erdbeben gegeben“, sagte *Perrineau*. „Ein neues Zeitalter hat begonnen.“ Der Front National sei mit den Europawahlen zur wichtigsten politischen Kraft in Frankreich geworden. Mit 25 Prozent der Stimmen erzielte die Partei rund fünf Prozentpunkte mehr als die konservative Union pour un mouvement populaire (UMP) und sogar zehn Prozentpunkte mehr als die Regierungspartei Parti Socialiste (PS).

Seit 1984 tritt der Front National bei europäischen Wahlen an, hat jedoch nie deutlich mehr als zehn Prozent erzielt. „25 Prozent der Stimmen sind eine völlig neue Dimension, welche die politische Landschaft in Frankreich umgestaltet“, sagte *Perrineau*. Schon 2002, als Jean-

Marie Le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen im ersten und zweiten Wahlgang um die 17 Prozent der Stimmen erzielte, war von einem Erdbeben die Rede. „Jetzt aber reden wir gar von 25 Prozent“, so *Perrineau*. „Es gibt eben Erdbeben von unterschiedlichen Stärken auf der Richter-Skala. Dieses hier ist ein besonders starkes.“

## Der Erfolg der Rechten in Frankreich

Als Grund für den Erfolg des Front National nannte *Perrineau* unter anderem die wirtschaftliche und soziale Krise des Landes. „Die sozial schwachen Bevölkerungsschichten sind verunsichert, unter ihnen vor allem Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben und sich nicht in den Arbeitsmarkt eingliedern können.“ 30 Prozent der wählenden Jugendlichen hätten für den Front National gestimmt. Unter den Arbeitslosen haben sich 37 Prozent für den FN ausgesprochen. Fast die Hälfte der Arbeiter stimmte für den FN. „Früher war der Front National nur in Teilen des Landes etabliert, jetzt ist er wirklich eine nationale Volkspartei“, sagte *Perrineau*.

Ein weiterer Grund für das starke Abschneiden der Rechten sei die politische Krise in Frankreich. „Dem Front National ist es gelungen, die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber der Politik zu instrumentalisieren. Aus ihrer Politikverdrossenheit heraus haben die Menschen für diese Partei gestimmt.“

Außerdem gebe es für den FN-Sieg spezifisch „französische Gründe“: Laut *Perrineau* sei die Wahl zum Europaparlament in Frankreich diesmal wie eine nationale Wahl wahrgenommen worden, „die irgendwo etwas europäisches hatte“. Die französische Bevölkerung verweigere sich derzeit massiv der Regierungspolitik. Staatspräsident François Hollande werde „vollständig abgelehnt“. Die konservative UMP ist personell, finanziell und politisch krisengeschüttelt und konnte deshalb laut *Perrineau* die negative Stimmung gegenüber den regierenden Sozialisten nicht zu ihren Gunsten nutzen.

Unbestritten habe es in Frankreich immer einen republikanischen Nationalismus gegeben, einen gaullistischen zum Beispiel, auch einen linken. „Er war in letzter Zeit ein bisschen eingeschlafen, wacht gerade aber wieder auf und kristallisiert sich neu im Front National“, dem es gelinge, sich in der Tradition dieser nationalen republikanischen Tradition darzustellen, sagte *Perrineau*. „Die etablierten Parteien schaffen es nicht, mit diesem beun-



Pascal Perrineau, Sciences Po, Paris



ruhigenden neuen Nationalismus umzugehen, indem sie mit den Wählern reden.“ Stattdessen habe sich der Front National die Rolle des schützenden Staates auf die Fahnen geschrieben und sich sogar die Deutung des Staates als wichtigen Wirtschaftsakteur zu eigen gemacht. „Le Pen schlägt eine Nationalisierung vor – dabei ist gerade das doch die traditionellste Politik der Linken.“ Der Front National entfalte auf diese Weise Wirkungskraft in der französischen Politik und Gesellschaft.

Auf europäischer Ebene, so prognostizierte *Perrineau*, werde der Erfolg des Front National dazu führen, dass der Einfluss Frankreichs schrumpfe. „Frankreichs Stimme wird immer dünner werden.“ Die Abgeordneten des FN würden Frankreich nicht nützen. Die verbleibenden Mandate der anderen Parteien seien zu wenige, um ernsthaft Einfluss auszuüben. Auf die anderen europäischen Länder werde die Rolle des FN in Frankreich laut *Perrineau* jedoch keinen Einfluss haben. „Viele sind nicht von den Entwicklungen in Frankreich betroffen, vor allem nicht der große Nachbar Deutschland“, so *Perrineau*.

### Erstmals Ansprechpartner für europäische Rechte in Deutschland

In der Tat habe es in Deutschland zumindest keinen politischen Erdbeben gegeben, berichtete *Alexander Häusler*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düs-

seldorf, in seinem Vortrag. Durch den Wegfall der Sperrklausel sei die NPD zwar erstmals mit einem Mandat vertreten, aber das Wahlverhalten sei stabil, auch wenn in Umfragen ähnlich rechte Ansichten zu Tage treten wie in den europäischen Nachbarländern.

Auch die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) habe trotz eines Stimmenanteils von sieben Prozent im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl nicht an absoluten Wählerstimmen gewonnen. Dennoch sei ihr Einfluss nicht zu unterschätzen.

„Die NPD ist auf europäischer Ebene eher bedeutungslos, anders als die AfD. Mit ihr ist erstmals eine Partei rechts von CDU/CSU und FDP erfolgreich.“ Laut *Häusler* füllt sie eine rechtspopulistische, „sarrazinistische“ Lücke in Deutschland und diversifiziert den rechten Rand neu, ist aber keine neue Volkspartei. „Die europäischen Rechte hat in Deutschland händeringend Ansprechpartner gesucht“, sagte Häusler. Die NPD sei kein Ansprechpartner gewesen, weil sie zu neonazistisch ausgeprägt ist. „Die AfD allerdings könnte der gesuchte Ansprechpartner sein“.

Laut Häusler bündelt die AfD „marktradikale, nationalkonservative und rechtspopulistische Politikansätze“. Mit diesen Positionierungen ziehe sie Wechselwähler von CDU, FDP, aber auch von den Linken an. „Mit Wirtschaftspolitik ist das nicht erklärbar, vielmehr mit dem von der AfD propagierten Sozialpopulismus.“



Alexander Häusler, Fachhochschule Düsseldorf



Vassiliki Georgiadou, Panteion-Universität Athen

Trotz ihres Erfolges ist es laut Häusler noch unklar, ob sich die AfD in der politischen Landschaft verfestigen könne. „Sie ist immer noch eine Partei in Gründung, hat kein Grundsatzprogramm, ist politisch diffus und geprägt durch massive interne Konflikte.“ 2014 sei somit ein Schicksalsjahr für die AfD. „Die AfD muss auch in ein nationales Parlament einziehen, wenn sie nicht als Phantom-Partei wahrgenommen werden will.“

### Pronazismus in Griechenland

Das Problem, eine Phantom-Partei zu sein, hat die ultrarechte griechische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) schon seit Jahren nicht mehr, auch wenn sie zunächst ähnlich unorganisiert war wie die AfD, wie *Vassiliki Georgiadou* in ihrem Vortrag berichtete. Die Politikwissenschaftlerin an der Panteion-Universität Athen befasst sich seit Jahren mit dem Aufstieg der Rechten in Griechenland und hat auch die Länderanalyse zu Griechenland für den 2013 erschienenen Sammelband „Rechtsextremismus in Europa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung verfasst. Obwohl die Goldene Morgenröte seit Mitte der 1990er Jahre bei Wahlen antritt, hat sie bis 2012 noch nicht einmal ein Parteistatut gehabt, betonte *Georgiadou*. „Obwohl niemand wusste, wie die Partei organisiert ist, hat sie an Wahlen teilgenommen“.

Bei den Parlamentswahlen 2012 erzielte die Goldene Morgenröte knapp sieben Prozent der Stimmen. In dem

nachfolgend veröffentlichten Parteistatut wird vom „Führer“ der Partei gesprochen. „Die Partei hat eine pronazistische Ideologie“, erklärte *Georgiadou*. „Sie hat versucht, es zu verdecken, aber wenn man ihre Narrative hört, ist klar, dass diese paramilitärische Organisation sehr offen gegenüber dem Nationalsozialismus ist.“

Die Partei machte sich das Thema Immigration zu eigen, nachdem sich in den Jahren 2007 und 2008 im Zentrum Athens viele Zuwanderer ohne legale Aufenthaltserlaubnis niedergelassen hatten. In Großstädten wie Athen und Piräus baute die Goldene Morgenröte laut *Georgiadou* Hochburgen auf, von denen aus sie in ländlichere Gebiete expandierte. Bei der diesjährigen Europawahl erzielte sie 9,4 Prozent der Stimmen, 120.000 Stimmen mehr als bei den Parlamentswahlen 2012. Bei den zeitgleich stattgefundenen Lokalwahlen bekam sie 8,5 Prozent der Stimmen, 25.000 mehr als 2012.

### Der Erfolg von Jobbik in Ungarn

In Ungarn schnitten die Rechten prozentual noch besser ab, wie Tamás Boros in seinem Vortrag berichtete. Boros beschäftigt sich seit Jahren mit der Rechten in Ungarn und ist ebenfalls mit einem Artikel in dem FES-Sammelband „Rechtsextremismus in Europa“ vertreten. Bei der Europawahl wurde die rechtsextreme Partei Jobbik mit knapp 15 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei in Ungarn. Die zumindest euroskeptische Grüne Partei bekam fünf Prozent, die rechtspopulistische Regierungspartei Fidesz gut 50 Prozent. Letztere hatte sich im Wahlkampf gegen die europäische Sparpolitik ausgesprochen und von der EU gefordert, sie solle Ungarn „respektieren“.

Laut *Boros* haben sich insgesamt mehr als 70 Prozent der Ungarn bei der Europawahl für euroskeptische Parteien entschieden. Beim Referendum zum EU-Beitritt im Jahr 2003 hatten sich – allerdings bei geringer Wahlbeteiligung – noch 84 Prozent für einen Beitritt ausgesprochen. Dieser Widerspruch sei eklatant: „Man kann nicht sagen, dass in Ungarn besonders viele Leute gegen die EU sind – im Gegenteil. Aber sie wählen euroskeptisch.“

Ein Grund dafür sei die anhaltend schlechte wirtschaftliche Situation, die bereits vor der allgemeinen Finanzkrise in Ungarn geherrscht habe. „In der Krise hat sich die Bevölkerung politisch nach rechts bewegt“, erklärte *Boros*. Umfragen zufolge sei knapp die Hälfte der Ungarn



Christoph Kopke, Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam



Resa Memarnia, AWO Bundesverband

offen für Ideen und Vorurteile von Rechtsaußen. Die wirtschaftliche Krise in Ungarn habe dazu geführt, dass es keinen linken Flügel mehr gebe. „Diese Lücke in der politischen Landschaft haben Fidesz und Jobbik genutzt“, so *Boros*.

## Krise als Katalysator

Die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise wird gerne als entscheidende Ursache für den Erfolg der Rechten genannt. Dabei ist der kausale Zusammenhang umstritten. Auch die Länder Spanien und Portugal, merkte Diskussteilnehmerin *Uta Dirksen* von der Friedrich-Ebert-Stiftung an, hätten schwer unter der Krise gelitten, ihre Bevölkerung sei unzufrieden mit der EU-Politik und es gebe ein Unbehagen gegenüber den bestehenden Parteien. Dennoch habe es dort keine rechtspopulistische Partei geschafft, sich zu etablieren.

„Die Krise war der Katalysator des Rechtsextremismus, hat aber nicht das Phänomen an sich produziert“, so *Vassiliki Georgiadou*. In Griechenland habe der Aufstieg der Goldenen Morgenröte schon vor dem Ausbruch der ökonomischen und sozialen Krise begonnen. *Christoph Kopke* vom Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam pflichtete *Georgiadou* bei: „Neben sozioökonomischen Faktoren gibt es eine ganze Reihe anderer Gründe.“ In Polen beispielsweise erkläre sich der Erfolg des extrem rechten Lagers zum Teil über homophobe Massenmobilisierung. Er stehe also in einem christlich-reaktionären Kontext ohne Bezug zur Wirtschaftslage.

„Die Wahlen haben in einem besonderen Umfeld stattgefunden“, erklärte dazu *Pascal Perrineau*. Die Menschen zweifelten besonders in Krisenzeiten an der Zukunft, dem Mehrwert und der Effizienz der EU. „Die EU war jahrzehntelang ein weicher Traum, heute ist sie der Sündenbock.“ Viele Politiker instrumentalisieren laut *Perrineau* die EU, um sich ihrer Verantwortung zu entledigen. „Schuld ist immer die EU, nicht der linke oder rechte Flügel.“ Deshalb sei diese Ablenkung auf Europa auch nicht nur auf der rechten politischen Seite zu beobachten.

## Dämonisierung ist kontraproduktiv

Im Mittelpunkt der Diskussion, die auf die Vorträge folgte, stand die Frage nach geeigneten Strategien, wie den rechten Parteien auf europäischer und nationaler Ebene begegnet werden sollte. Die Diskutanten waren sich einig, dass Dämonisierung kontraproduktiv sei. „Die Dämonisierung des Front National hatte einen unbeabsichtigten Verstärkereffekt“, sagte *Alexander Häusler*. „Der Front National und seine Wähler drehen den Spieß um und stellen sich als Opfer dar, indem sie lamentieren: ‚Die da oben, die Intellektuellen, bezeichnen uns als Lummel und Nazis‘“, bekräftigte auch *Pascal Perrineau*. „Man sagt: ‚Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.‘ Und mit guten Vorsätzen wird der Front National gestärkt.“

Die politische Auseinandersetzung müsse auch im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Fragen geführt wer-

den. „Es genügt nicht, zu sagen, dass das Nazis sind, denn es sind auch nicht alle Nazis. Wir müssen die Diskussion verschieben.“ In Zeiten, in denen selbst eigentlich linke Wähler für rechtspopulistische Parteien stimmen, so *Perrineau*, müsse deutlich gemacht werden, wie absurd die Ansichten dieser Parteien sind. „Wir müssen einfach und eingängig dem Mann von der Straße vor Augen führen, wie gefährlich der Front National für ihn selbst ist, nicht, wie gefährlich er für die anderen ist.“ *Resa Memarnia* vom AWO Bundesverband berichtete in diesem Zusammenhang von einer Podiumsdiskussion, in der Politiker anderer Parteien dem AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke nur unzulänglich argumentativ entgegnet seien. „Wenn das passiert, trägt das die falschen Früchte“, sagte *Memarnia*. Eine inhaltliche Konfrontation mit der AfD sei unabdingbar.

*Alexander Häusler* betonte, dass einseitiges Schielen auf die Wahlergebnisse nicht ausreichend sei. Neofaschismus finde vor allem auch als soziale Bewegung fernab von Wahlen statt. Man müsse zudem beobachten, wie sich beispielsweise die Interdependenzen zwischen der AfD und anderen Parteien entwickelten. *Christoph Kopke* wies auf die extrem rechten Tendenzen des Wahlprogramms der sächsischen AfD hin und forderte, sehr genau hinzuschauen, was komme und die politische Auseinandersetzung aufzunehmen.

*Uwe-Karsten Heye* vom Verein „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“ merkte an, dass sich Rhetorik und politische Inhalte der etablierten Parteien gegenüber Europa ändern müssten. Man könne nicht, so wie viele etablierte Parteien es versucht hätten, sowohl für als auch gegen Europa sein, um der antieuropäischen, rechten Stimmung näherzukommen. Die entscheidende Frage, nämlich wie Demokratie auf supranationaler Ebene funktionieren könne, müsse überzeugend beantwortet werden, sagte *Pascal Perrineau*.



Auch die Kommunikationsstrategien müssten sich grundlegend ändern, sagte *Sarah de Lange*: „Viele Menschen nehmen jede Information aus den Mainstream-Kanälen als verzerrt wahr“, so de Lange. So könnten die etablierten Parteien die Menschen nicht erreichen.

*Ralf Melzer* betonte zum Abschluss der Diskussion die Bedeutung eines intensiven Meinungsaustauschs über Strategien gegen rechtsextreme wie rechtspopulistische Parteien. Die Lunch Discussion sei dabei nur eine Etappe eines längeren Prozesses, den die Friedrich-Ebert-Stiftung fortsetzen werde. *Melzer* kündigte an, dass sich im Frühjahr 2015 eine Konferenz mit der Frage beschäftigen werde, wie die rechten Mandatsträger im Europaparlament agieren und wie die Vertreter anderer Parteien sich mit ihnen auseinandersetzen.

Das Projekt „**Gegen Rechtsextremismus**“ im Forum Berlin/Abteilung Politischer Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** dokumentiert wichtige Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die **Publikationsreihe „Experten für Demokratie“**, die ausgewählte Analysen und Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bietet.

Wenn Sie bis jetzt noch nicht in unserem Verteiler sind und zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an: [forum.rex@fes.de](mailto:forum.rex@fes.de).

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter: [www.fes-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de).